Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenaufträge nehmen wir nur bis vorm. 10 Uhr entgegen. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 263. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 12. November 1925

Arbeits- und Wirtschaftsrecht.

Der Abgeordnete und ehemalige preußische Ministerpräsident Stegerwald hat in einer Stettiner Rede im Deutschen Gewerkschaftsbund soeben darauf hingewiesen, daß es außer dem Thema Locarno auch noch einige andere Dinge von nicht gerade unerheblicher Wichtigkeit gibt. Namentlich auch für den Arbeiter. Gerade die wichtigsten Fragen des Arbeitsrechtes stehen vor einer Entscheidung oder drängen zum mindesten zu einer Entscheidung hin. Da ist der Kampf um die Arbeitszeit — Stegerwald ist nicht für einen rein schematischen Achtstundenarbeitstag, aber für Schaffung von Ordnung gegenüber der jetzigen Unsicherheit in der Richtung auf den Achtstundentag —, da ist der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, da ist der Referentenentwurf eines Gesetzes über die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates.

Mit diesem letzteren Gesetzentwurf wird die Frage der wirtschaftlichen Berufsvertretungen öffentlich-rechtlichen Charakters wieder aufgerollt. Dort herrscht wirklich ein ganz bemerkenswertes Durcheinander, das auch durch den berühmten Artikel 165 der Reichsverfassung nicht gerade verkleinert worden ist. Dieser Artikel ließ alle bis dahin bestehenden Berufs- und Wirtschaftsvertretungen bestehen, also z. B. Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern, andererseits aber auch die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Artikel 165 verfügte nun daneben noch die Bildung von paritätischen Bezirkswirtschaftsräten und ihrer Spitze im Reichswirtschaftsrat, ferner die Schaffung von Betriebs- und Bezirks(arbeiter)räten, die im Reichsarbeiterrat gipfeln. Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgte aber nicht, weil eine solche gar nicht möglich ist: das sozialpolitische Interessengebiet (Arbeitszeit und -lohn, Arbeitsbedingungen mannigfachster Art) läßt sich vom wirtschaftlichen Gebiet gar nicht sauber trennen; das geht ineinander über, beeinflußt einander aufs tiefste. Bekanntlich sah auch das Betriebsrätegesetz eine wirtschaftliche Mitarbeit der Arbeitervertreter an der Leitung des Betriebes vor, nicht bloß die lohnpolitische und tarifarische Interessenvertretung. Nun sind Bezirks- und Reichsarbeiterrat ebensowenig zustande gekommen wie die Bezirkswirtschaftsräte; der vorläufige Reichswirtschaftsrat war Spitze für beide Aufbauten. Unterbaut war er durch die alten schon bestehenden Wirtschaftsorganisationen, Berufsvertretungen usw. Daher erledigte er auch Aufgaben sozialpolitischer Art ebenso wie die rein wirtschaftlichen.

Organisatorisch soll nun hinsichtlich des Unterbaus an dem bisherigen Zustand in zweifacher Form festgehalten werden, indem nämlich jene Verbände bzw. Kammern usw. die ständigen und die nichtständigen Mitglieder des neuen Reichswirtschaftsrates in Vorschlag bringen. Im ganzen wird aber die Zahl der Mitglieder sehr erheblich eingeschränkt und die gesamte Arbeit in die Ausschüsse verlegt. Verstärkt ist der Einfluß der Regierung dadurch, daß die von ihr zu ernennenden Mitglieder — und zwar der ständigen wie der nichtständigen — verhältnismäßig höher ist als bisher. Dafür soll aber der Arbeit des Reichswirtschaftsrates dadurch größeres Gewicht verliehen werden, daß er das Gesetzesvorschlagsrecht erhält, seine Gutachten auch bei abweichender Stellung der Regierung dem Reichsrat und Reichstag übermittelt werden müssen und dort mündlich durch ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates vertreten werden können. Ein besonderer „Ausschuß zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse" — früher nannte man das Enquetekommission — soll die verfassungsmäßigen Rechte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erhalten.

Es existieren bereits viele einschlägige Organisationen und mit der Bildung von Bezirkswirtschaftsräten erklären sich viele Seiten nicht ganz einverstanden, auch nicht mit dem Ausbau des Arbeiterrätesystems nach oben hin. Es wird gesagt, diese Neubildungen würden zu den Gewerkschaften in starke Konkurrenz treten und lägen schon deshalb nicht im klassenmäßigen Interesse der Arbeiter, die aus den Konflikten zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften gelernt hätten.

Stegerwald regte in seiner Stettiner Rede auch ein stärkeres Hineinnehmen der Arbeitervertreter in die Handwerks- und die Landwirtschaftskammern an. Das ist ein Gedanke, der bei dem weit engeren Zusammenarbeiten von Unternehmer und Arbeiter gerade in diesen Wirtschaftszweigen erwägbar erscheint, z. T. übrigens in dem Entwurf eines neuen Handwerkskammergesetzes bereits für die Gehilfen vorgesehen ist.

Sache der Berufenen ist es, zu prüfen, wie weit sich bei allen diesen Fragen das Organisationsbedürfnis mit der Schonung der Freiheit des einzelnen und dem Wirtschaftsinteresse deckt.

Ermordung eines Armenhäuslers.

Juliusburg, 10. November. In Juliusburg-Stadt bei Olt wurde ein Insasse des Armenhauses ermordet. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Nachtwächter verhaftet. Als man den Sterbenden nach seinem Mörder fragte, zeigte er auf den später festgenommenen Nachtwächter, der mittlerweile herbeigerufen worden war und in der Stube stand. Der Verdächtige vermochte nicht nachzuweisen, wo er sich in der betreffenden Nacht aufgehalten hat. Vorläufig bestreitet er noch, der Täter zu sein.

Konferenz der Länderminister.

Löbe bei Hindenburg.

Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den aus Amerika zurückgekehrten Reichstagspräsidenten Löbe. Dieser berichtete dem Reichspräsidenten über die Eindrücke von der Interparlamentarischen Tagung in Washington und besprach mit ihm ferner die innerpolitische Lage. Auch sollen Erwägungen über den Termin der Reichstagseinberufung angestellt worden sein. Die Beratungen über die Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote der Pariser Botschafterkonferenz stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Innenminister der deutschen Länder sind heute hier mit der Reichsregierung nochmals zu einer Konferenz zusammengetreten, um zu der Antwort Stellung zu nehmen. An der Konferenz nimmt auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held teil, weil die Forderungen der Botschafterkonferenz über die Landespolizei besonders für die bayerische Staatspolizei in Frage kommen sollen. Die Einigung der Länderminister soll unzweifelhaft sein, so daß man mit sofortiger Absendung der deutschen Antwort rechnet. Reichspräsident v. Hindenburg tritt heute abend seine Reise nach Süddeutschland an.

Reichstagspräsident Löbe hat den Ältestenrat des Reichstages auf Donnerstag einberufen, um über den Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages zu entscheiden. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, erscheint eine Berufung des Reichstages vor dem 19. November, dem ursprünglich bei der Vertagung in Aussicht genommenen Termin, schon deshalb nicht möglich, weil in den Tagen vorher die Parteitage des Zentrums und der Deutschnationalen stattfinden. Es kommt nunmehr in Frage, ob der Reichstag zum 19. oder zum Montag, den 23. November berufen werden soll.

Erleichterungen in Aussicht?

London, 10. November.

Verschiedene Londoner Blätter bringen Mitteilungen über zu erwartende Maßnahmen der Alliierten, die angeblich aus diplomatischen Kreisen stammen. Danach wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Alliierten die Wiederkehr des Waffenstillstandstages, den 11. November, zur Veröffentlichung von Erleichterungen im besetzten deutschen Gebiet benutzten. Diese Erleichterungen würden jedoch kaum von der großen deutschen Öffentlichkeit gewürdigt werden, wenn ihr dies nicht im einzelnen durch eine amtliche Mitteilung oder eine Ministerrede erklärt würde. Dr. Stresemann werde vielleicht das letztere Verfahren vorziehen. Eine solche Mitteilung könnte dazu beitragen, die Besorgnisse zu zerstreuen, die durch die letzte alliierte Entwaffnungsnote geweckt wurden. In Berlin sei man offensichtlich von der alliierten Anregung, daß die deutsche Regierung selbst Vorschläge formulieren soll, überrascht und unangenehm berührt. Man nehme in Berlin an, daß dieses Verfahren wieder bedauernswerte Verzögerungen bedeute. Aber dies sei sicher nicht von den Alliierten beabsichtigt. Ob an diesen Mitteilungen etwas Wahres ist, muß sich zeigen.

London, 10. November.

Wie Reuter erfährt, wird der König von England voraussichtlich am 1. Dezember, an dem für die Unterzeichnung der Locarnoverträge vorgesehenen Tage, den Unterzeichnern ein Bankett im Buckingham-Palast geben. Es werden im ganzen etwa 36 Persönlichkeiten, darunter die Außenminister der beteiligten Staaten, erwartet.

London in Erwartung des 1. Dezember.

London, 11. November. In London werden alle Vorbereitungen getroffen zu der festlichen Ausgestaltung des 1. Dezember, des Unterzeichnungstages der Locarnoverträge. Am Abend des 1. Dezember soll im Buckingham-Palast ein großes Bankett beim Königspaar stattfinden, wo zum erstenmal nach dem Kriege Deutsche erscheinen werden. Das berühmte goldene Tafelgeschirr der Königsfamilie soll bei Tisch gereicht werden. Keine Ausgaben sollen gescheut werden, um diesem Tage festlichen Glanz zu verleihen.

Mussolini kommt zur Unterzeichnung nach London.

Paris, 11. November. Mussolini hat jetzt auf das Telegramm des französischen Außenministers geantwortet. Zum Schluß erklärt er, er werde sich zur Ratifizierung des Paktes nach London begeben und das Vergnügen haben, dort erneut mit Briand zusammenzutreffen.

Belgien braucht keine Reparationskohle.

Brüssel, 11. November. Die belgische Regierung hat die Bestellung deutscher Reparationskohle auf Grund des Dawes-Planes eingestellt. Wie die Blätter ausführen, hatten sich die belgischen Kohlenabnehmer stets direkt an die deutschen Gruben gewandt, da diese die Kohlen billiger geliefert hätten als die Reichsregierung sie der belgischen Regierung geliefert habe.

Noch immer Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 11. November. Das Kriegsgericht in Amiens hat gestern den deutschen Obersten Weicke vom 56. Infanterieregiment und Leutnant Schulz vom 17. Artillerieregiment in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Der Oberst soll 1914 in einem Gute bei Bethoncourt zwölf Einwohner der Ortschaft zur Deckung seiner Truppen benutzt haben. Mehrere wurden dabei von französischen Kugeln getötet. Bethoncourt und das in der Nähe gelegene Dorf Alaincourt sollen auf Befehl des Obersten niedergebrannt worden sein. Die gegen Leutnant Schulz erhobene Anklage lautet dahin, daß er im September 1914 einen französischen Pächter erschoß und dessen Gut seinen Mannschaften zur Plünderung überlassen hat.

Das Handwerk zur Preissenkungsaktion
Eine Besprechung mit dem Reichskanzler

Berlin, 11. November. Der Reichskanzler empfing gestern in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg Vertreter des Reichsverbandes und des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu einer Aussprache über die Maßnahmen, die insbesondere von den Handwerks- und Gewerbekammern und den Fachverbänden des Handwerks bisher eingeleitet worden seien. Ein abschließender Bericht wird der Reichsregierung in ganz kurzer Zeit zugehen. Bei der Besprechung kam erneut zum Ausdruck, daß eine wirksame Bekämpfung der Teuerung nur durch das Zusammenarbeiten und eine Bescheidung aller an der Wirtschaft beteiligten Kreise erreicht werden könne. Der Reichskanzler betont, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, Sondermaßnahmen gegen irgendeinen Berufsstand zu ergreifen. Die Preissenkungsaktion erstrecke sich vielmehr auf alle Berufsstände und hat die Beseitigung aller Hemmungen zum Ziele, die einer gesunden Preispolitik vorläufig noch entgegenstehen.

Vor Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. November. Wie die „Morgenblätter" melden, hat der politische Delegierte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Prondczynsky, gestern dem deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär z. D. Lewald, die deutsche Uebersetzung der neuen polnischen Zolltarifverordnung vom 30. Oktober d. J. überreicht. In der anschließenden Besprechung wurde einer polnischen Anregung entsprechend für Ende der Woche eine weitere Zusammenkunft in Aussicht genommen, in der das Programm für die weiteren Verhandlungen vereinbart werden soll.

Ein Attentatsplan gegen den serbischen König.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Belgrad, 11. November. Auf den serbischen König, der einige Tage nach Galatz reiste, war ein Attentat geplant. Ein rumänischer Soldat sollte eine Bombe in den Wagen des Königs werfen. Der Plan wurde jedoch verraten.

Das Guildhall-Bankett.

Der Trunk aus dem goldenen Liebesbecher.

In London hat in der Guildhall aus Anlaß des Wechsels im Amte des Bürgermeisters von London das alljährliche große Festessen stattgefunden. An dem Bankett nahmen teil die Botschafter und Gesandten der auswärtigen Mächte, darunter der deutsche Botschafter Dr. Sthamer, dem eine besonders warme Begrüßung zuteil wurde und dem der neue Lord-Mayor mit ganz besonderer Herzlichkeit und lange die Hand schüttelte. Außerdem waren anwesend die Mitglieder der Regierung, die Chefs der Land-, See- und Luftstreitkräfte und eine große auserlesene Gesellschaft mit Damen. Chamberlains Eintreffen war das Signal für laute Hochrufe von seiten aller Anwesenden, die sich erhoben hatten und ihm einen begeisterten Empfang bereiteten.

Im Verlaufe des Banketts hielt Chamberlain eine Rede, in deren Mittelpunkt die Verhandlungen von Locarno standen. Chamberlain sagte hierbei:

Wenn die Ergebnisse von Locarno mit so allgemeiner Zustimmung begrüßt worden seien, so sei das deshalb

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF